

Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
(95. - öffentliche - Sitzung am 11. August 2016)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung der §§ 43 - 45 a des Aufenthaltsgesetzes (Nds. Integrationsgesetz - NIntG)**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4769](#)

dazu: Eingaben 2520, 2553, 2568, 2569, 2623, 2648 und 2708

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen
- Flüchtlingsrat Niedersachsen
- Netzwerk der Kooperativen Migrationsarbeit Niedersachsen (KMN)
- Niedersächsischer Integrationsrat
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Migrationszentrum des Landkreises Osnabrück
- LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.
- Bundesagentur für Arbeit
- Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.
- Niedersächsische IHK-Arbeitsgemeinschaft Hannover-Braunschweig
- Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH

2. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung; Vorlage von Akten zum Thema „EU-Beihilfeverfahren und anhängige Beschwerde bei der EU-Kommission betr. die Förderung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben“.**

hier: Beschluss nach § 95 a GO Niedersächsischer Landtag über die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 22.06.2016 vorgelegten und in Teilen als vertraulich zu behandelnden Unterlagen

Der Ausschuss beschloss einstimmig die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 22.06.2016 vorgelegten und in Teilen als vertraulich zu behandelnden Unterlagen.

In diesem Zusammenhang bat der Ausschuss die Landesregierung um eine Unterrichtung über die Stellungnahme der EU-Kommission zum Niedersächsischen Gesetz zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege in einer der nächsten Sitzungen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5688](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen. Als Berichterstatterin wurde die Abg. **Gudrun Pieper** (CDU) benannt.*